

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Pelke:**

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Günther, CDU-Fraktion.

**Abgeordneter Günther, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, lieber Kollege Pilger, ich schätze die Zusammenarbeit mit Ihnen sehr, das wissen Sie. Aber eine Überweisung, wie von Ihnen beantragt, wird es heute mit uns hier nicht geben, weil es sie nicht geben kann, weil wir nicht im Ausschuss über das Modell zum Modell sprechen können.

Meine lieben Kollegen der Fraktion der LINKEN, Sie bringen hier wieder zu Themen einen Plenarantrag ein, die gerade im Ausschuss behandelt werden, obwohl Sie wissen, dass in Thüringen ein Modellprojekt - ich sagte es eben - dazu gerade erst startete. Können Sie es einfach nicht abwarten? Es ist ein schlechter Stil von Ihnen und Sie machen damit jede sachliche Arbeit fast unmöglich. Einmal von den überzogenen inhaltlichen Forderungen abgesehen, die Herr Kollege Pilger ja auch schon darstellte, müssen und werden wir auch deshalb solche Anträge in Zukunft konsequent ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Einvernehmlich hatten wir uns im Ausschuss verständigt, die Analyse laufender Modellprojekte fortzuberaten. Die Auswertung laufender Modellprojekte macht allein schon deshalb Sinn, da beispielsweise Schwächen der bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zukünftig vermieden werden können. Grundsätzlich allerdings sind Modelle wie z.B. Bürgerarbeit oder ähnliches auch für meine Fraktion kein Tabu. Allerdings mit der Einschränkung, dass diese nur für ganz bestimmte Fälle das richtige Instrument sein könnten. Es sollte - und hier, denke ich, ist sich das Hohe Haus einig - jede Möglichkeit genutzt werden, wenn es darum geht, Menschen in Arbeit zu bringen und ihnen ein neues Selbstbewusstsein und neue Perspektiven zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke hier vor allem an die verfestigte Gruppe von Personen mit mehrfachen Einstellungshemmnissen. Es macht keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen, dass ein Teil dieser Menschen nicht mehr dem ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Daher kann ein Modell wie „Bürgerarbeit“ oder „Pro Arbeit“ der Parität ein sinnvolles Instrument sein, um Langzeitarbeitslosen eine Beschäftigungsmöglich-

keit zu geben. Es ist doch für uns alle deutlich erkennbar, dass eine Diskrepanz zwischen gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die oftmals liegenbleibt, und der immer noch hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen besteht.

Auf der einen Seite fehlen in den Sozialeinrichtungen Pflegehilfskräfte oder in manchen Gemeinden wuchert das Unkraut in den Parks, um nur zwei Beispiele zu nennen, gleichzeitig schlagen aber, um in dem Bild der Parks zu bleiben - da möge man mich nicht falsch verstehen -, Arbeitslose dort die Zeit tot und unterliegen dabei einem hohen psychischen Druck und fallen nicht selten in Depressionen oder gar noch Schlimmeres. Was läge da näher, als zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen? Richtig, aber auch Vorsicht, ganz so einfach können wir uns das nicht machen. Entsprechende Überlegungen zur Überwindung dieser Lücke werden nämlich bereits seit mehr als zehn Jahren angestellt. Das Modell „Bürgerarbeit“ zum Beispiel ist, wie eingangs angesprochen, ein enger Verwandter der uns allen wohlbekannten ABM. Diese allerdings wurden aus guten Gründen radikal heruntergefahren, weil sie teuer und ziemlich erfolglos waren und diese ABM-Stellen eher selten eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt waren.

Meine Damen und Herren, bei allen Überlegungen und Aktivitäten zu neuen Modellen und den Bemühungen um den genannten Personenkreis muss die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt oder eine passgenaue Qualifizierung immer Vorrang haben. Stilles Subventionieren eines flächendeckenden dritten Arbeitsmarkts bleibt für uns nach wie vor ein Irrweg. Es darf keine reguläre Arbeit gefährdet werden. Auch sollte nicht ein weiteres Abschiebegleis gebaut werden, auf dem Arbeitslose lediglich aus der Statistik herausfallen.

Um es noch einmal zu verdeutlichen, wir lehnen das Modell „Bürgerarbeit“ oder ähnliche Modelle nicht ab, aber ich sage ganz deutlich, es ist nicht der Königsweg zu mehr Arbeit,

(Beifall bei der CDU)

sondern lediglich ein Notbehelf für eine Gruppe nicht oder sehr schwer vermittelbarer Langzeitarbeitsloser. Ich bin fest davon überzeugt, dass man auf diesem Feld nur mit staatlichen Lohnergänzungen für schwach produktive Arbeiten, und zwar am besten in der Entlastung der Unternehmen von den Lohnkosten, arbeiten kann. Das Modell „Pro Arbeit“ der Parität, meine ich, geht in die richtige Richtung. Auch hier ist die Zielrichtung Integration am ersten Arbeitsmarkt.

Nun noch mal ganz konkret zu Ihrem Antrag, werte Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei.PDS: In Kenntnis des Modellprojekts „Bürgerarbeit“, welches ja inhaltlich darauf abstellt, gemeinwohlorientierte Arbeit für Langzeitarbeitslose zu bieten, fordern Sie, unverzüglich ein flächendeckendes Modell mit über 2.000 Stellen aufzulegen, und das, obwohl Sie wissen, dass gerade die Zahl der zu definierenden Stellen eines der Probleme neben denen der Finanzierung ist, welches wir im Ausschuss beraten haben und noch beraten werden. Wir haben uns, wie erwähnt, fraktionsübergreifend verständigt, die Beratung dazu nach der Sommerpause wieder aufzunehmen. Der Entschluss dazu kam, dass seitens der Landesregierung und auch in der Diskussion deutlich wurde, dass es hier noch viele offene Fragen gibt, dass noch keine Bezugsgrößen vorliegen, die ein Thüringer Modell letztendlich auch erfolgreich werden lassen können.

Das Modellprojekt in Schmölln ist für 200 Langzeitarbeitslose aus dem Rechtskreis des SGB II ausgelegt und soll etwa 2,4 Mio. € kosten. Von den 200 Stellen waren zwei Monate nach Anlauf des Projekts noch 100 Stellen offen, was deutlich zeigt, wie schwierig es ist, derartige Stellen zu definieren, und das, weil es eben nicht so einfach ist, eine Abgrenzung zum ersten Arbeitsmarkt vorzunehmen und diese Stellen ausschließlich im gemeinwohlorientierten Bereich anzusiedeln. Frau Enders, ich weiß, es gibt Ausnahmen, das hängt aber auch mit handelnden Personen zusammen und, ich denke, das ist völlig okay. Es darf hier auch nicht passieren, meine Damen und Herren, dass eine Art Konkurrenz zu Eingliederungsprojekten und Maßnahmen der ARGEn bzw. des Rechtskreises SGB II entsteht. Das war im Übrigen auch der Grund, warum in Sachsen-Anhalt erst in einer Kommune das Projekt modellhaft gestartet wurde. Inzwischen sind weitere dazugekommen - alle mit weniger als 50 Plätzen. Das geschieht in Thüringen ebenfalls, allerdings auch ohne Ihren Antrag. Man geht eben etwas bedachter heran, weil man die Gefahr erkannt hat, dass unter Umständen tatsächlich Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängt werden könnten. Die Gefahr steigt natürlich, wenn man einem solchen Schnellschuss, wie von Ihnen gefordert, folgte, ohne die Ergebnisse derzeitiger Modellprojekte abzuwarten. Ich bin im Übrigen dankbar, dass die Landesregierung sich an dem Projekt in Schmölln bereits jetzt mit 15 Prozent an der Finanzierung der Personalkosten beteiligt - ein deutliches Signal, auch zukünftig bei entsprechendem Erfolg das Projekt zu erweitern und auch weitere Initiativen in anderen Regionen zu unterstützen. Ohne die Beteiligung des Freistaats wäre das Projekt auch schwer vorstellbar, denn eine Finanzierung durch den Eingliederungstitel 2 allein ist kaum möglich - auch das hat das Ergebnis im Ausschuss gezeigt -, es sei denn, man verzichtet auf

alle weiteren Maßnahmen in der jeweiligen ARGE. Wesentlich einfacher wäre es, wenn endlich eine Deckungsfähigkeit von aktiven und passiven Mitteln der Agentur möglich wäre. Hier allerdings ist man leider keinen Schritt weitergekommen. Ebenfalls ist es auch nicht nachvollziehbar, dass der Haushaltsgesetzgeber beim Bund immer noch ein eingespartes Arbeitslosengeld in Höhe von mehr als 1 Mrd. € gesperrt hält. Hier sehe ich Handlungsbedarf, den Druck Richtung Bundesarbeitsminister zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, etwas Bewegung gibt es ja durch die geplante Änderung des SGB II. Es liegt mir und sicherlich auch Ihnen ein Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD im Deutschen Bundestag zur Änderung des Zweiten Gesetzes Sozialgesetzbuch vor, das da heißt: „Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen“. Dieser Gesetzentwurf geht genau in die von mir vorher zitierte richtige Richtung, Richtung Lohnkostenzuschuss. Ich denke, es ist Ihnen bekannt; man kann nur hoffen, dass alsbald dem Gesetzentwurf zugestimmt wird.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, Die Linkspartei.PDS: Ich denke, der ist verabschiedet worden.)

Auch mit Blick auf den letzten Arbeitsmarktbericht und den zu begrüßenden Rückgang der Arbeitslosigkeit müssen wir uns hinsichtlich der Verwendung der hierdurch eingesparten Mittel stark machen. Ein von meiner Fraktion seit Längerem favorisiertes Projekt, welches die Entkoppelung der Sozialkosten von den Arbeitskosten zum Inhalt hat, könnte mit den eingesparten Bundesmitteln im Freistaat finanziert werden. Ein solches Modell würde der Wirtschaft Mut zur weiteren Schaffung von Arbeitsplätzen - und ich meine hier sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze - machen und die Integration von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen wäre möglich. Ich denke, ein guter Mix aus unserem Modell und dem Vorschlag der Parität kann und sollte in einer Region in Thüringen getestet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie eingangs angekündigt, lehnt die CDU-Fraktion Ihren Antrag ab, da wir nicht ein Modell zum Modell beschließen werden, ohne die Ergebnisse aus der weiteren Fortberatung des Ausschusses und einer weiteren Auswertung laufender Modellprojekte abzuwarten, und weil wir der Auffassung sind, dass man den Akteuren vor Ort nicht vorgeben muss, was zu tun ist. Die Entwicklung im Land hat gezeigt, dass bereits flächendeckend auf dem Gebiet gearbeitet wird. Hier verweise ich noch einmal auf das Projekt in Erfurt „Arbeit für Erfurt“ und das Projekt der Parität „Pro Arbeit“. Herzlichen Dank.